

# Social-Demokrat.

Organ der social-demokratischen Partei.

Diese Zeitung erscheint drei Mal wöchentlich und zwar: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends Abends.

Redaction und Expedition: Berlin, Alte Jakobstraße Nr. 67.

**Abonnements-Preis** für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 15 Sgr., monatlich 5 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den königl. preussischen Postämtern 15 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 12 1/2 Sgr., im übrigen Deutschland 20 Sgr. (fl. 1. 10. Südb., fl. 1. Österr. Währ.) pro Quartal.

**Bestellungen** werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expeditur, von der Expres-Compagnie, Zimmerstraße 48a, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. **Inserate** (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreispaltige Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.  
Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

## Politischer Theil.

Rundschau.  
Berlin, 25. October.

Der preussische „Staats-Anzeiger“ veröffentlicht das mit Zustimmung beider Kammern zu Stande gekommene Wahlgesetz für den Reichstag der Nordstaaten Deutschlands (s. unten). Ferner bringt der Staatsanzeiger die königliche Verordnung betreffs Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in den in den preussischen Staaten einverleibten Landestheilen, sowie in den Herzogthümern Schleswig-Holstein. Die Einverleibung der letzteren wird hiermit vor dem formell gesetzlichen Vollzuge zur vollendeten Thatfache. — Einen verwunderlichen Eindruck macht eine erlassene Erklärung der preussischen Abgeordneten Michaelis, v. Hennig, Pasler, Lette, Twisten, v. Unruh, Koepell u. s. w., derselben, welche schon während der letzten Session eine Art wilder öffentlicher Fraction bildeten, die, wie gewisse officiöse Blätter, neben einer „maßvollen Opposition“, sich in den Hauptfragen der Politik zur Aufgabe gestellt hatte, die Regierung zu stützen. Sonst kam es wohl vor, daß ein einzelner Abgeordneter seine von der Majorität abweichende Abstimmung öffentlich begründete, hier aber begründet eine Anzahl von Abgeordneten ihre Majoritätsabstimmung für Indemnität und Anleihe, ohne irgend Neues beizubringen, mit denselben Wendungen, mit denen sie während der letzten Session zum Ueberdruß gehört worden sind. Offenbar läßt ihnen ihr Gewissen keine Ruhe. — Auch der Magistrat der Stadt Berlin ist vom Ministerium des Innern jetzt angewiesen worden, mit Aufstellung der Wählerlisten für das einzuberufende norddeutsche Parlament vorzugehen. Berlin hat 6 Abgeordnete zum Parlament zu wählen. — Ueber den Artikel des sächsischen Friedensvertrages, welcher den Eintritt Sachsens in den norddeutschen Bund regeln soll, scheint man sich noch sehr wenig im Klaren zu sein. Man begreift nicht, wie die Verfassungs-Angelegenheiten des norddeutschen Bundes und die in der Schwabe gebliebenen sächsischen Regelungen zu einem befriedigenden Resultat geführt werden können, wenn jeder deutsche Souverain und jeder Landtag mitzusprechen haben. Wir begreifen's auch nicht. — Die „Alln. Ztg.“ macht, anknüpfend an die jüngsten Beschlagnahmen der „Rh. Ztg.“ folgende treffenden Bemerkungen: Wir haben schon oft bemerkt, daß der Schuß, welchen die Verfasser des Preßgesetzes vom 12. Mai 1851 der Tagespresse durch gerichtliches Urtheil zu gewahren glaubten, vollkommen illusorisch sei. Jede polizeiliche Beschlagnahme ist für die Tagespresse gleichbedeutend mit einem bereits vollstreckten und nicht wieder rückgängig zu machenden Strafurtheil. Preßfreiheit und unbedingtes Recht der Beschlagnahme durch die Verwaltung sind Dinge, die in durchaus unlösbarer Widersprüche mit einander stehen. Eine ganze Zahl europäischer Staaten,

darunter die reichsten und civilisirtesten, wird regiert, sehr wohl regiert, ohne alle Beschlagnahmen. Sollten wir in Preußen soweit in der Kultur zurück sein, nicht ohne jene polizeiliche Vorsorge leben zu können?

Die Frankfurter wollen sich schwer in ihre neue Lage fügen. Herr von Patow soll sich deshalb ziemlich unbehaglich in seiner dortigen Stellung fühlen. Besonders unangenehm berührt die Opposition gegen das neu vorgeschriebene Kirchengesetz. — Die Ernennung des Herrn v. Beust zum Minister des Auswärtigen des österreichischen Kaiserstaates findet jetzt auch schon Eingang in die officiösen Blätter. Man läßt das Gerücht auf-tauchen, man widerruft es, läßt die öffentliche Meinung sich daran satt sprechen, bis eines schönen Morgens die Ernennung vollzogen sein wird. — Die Untersuchung des Kriegsgerichts gegen die österreichischen Führer des letzten Krieges hat damit geschlossen, daß Benedek, v. Henikstein und Krismanik schlechtweg in den Ruhestand versetzt sind. Von einer Pensionirung ist nicht die Rede. Unfähigkeit ist der Hauptvorwurf, der ihnen zur Last gelegt wird. — Die häufigen und oft blutigen Reibereien der preussischen und österreichischen Grenzbevölkerung lassen, wenn man auch nach einem eben geführten Kriege ein zu großes Gewicht darauf nicht legen darf, doch eine erhebliche gegenseitige Spannung erkennen. — Der Kaiser von Oesterreich hat in Brünn den unverzüglichen Ausbau des mährischen Eisenbahnnetzes mit Subvention aus Staatsmitteln angeordnet, wodurch Mähren drei neue Bahnlinien erhält und ferner die Errichtung mehrerer neuer Schulen. — Der Wiener Gemeinderath hat unter lautem Beifall der Gallerien eine Resolution angenommen, des Inhaltes, daß man die Anstellung der Jesuiten in oder bei Wien aus politischen Motiven nicht wünsche, und er beabsichtigt, dagegen Schritte zu thun. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ erweist sich dagegen überaus heftig und schiebt darin eine Verletzung der Person und des Gedankens. Der Beschluß des Gemeinderaths ist aber gewiß von jedem zu billigen, der jenen finstern Mächten grade nicht besonders Freund ist und unbefangenen erwägt, daß Glaubensfreiheit in Oesterreich nicht herrscht und der Kaiserstaat schon ohnehin genug unter der katholischen Priesterherrschaft zu leiden hat.

Der Kaiser von Frankreich ist aus Biarritz in St. Cloud eingetroffen. — Die Lyoner Seidenwäcker-Angelegenheit beschäftigt nach wie vor Regierung und Journale. — Herr Fould, der Finanzminister, trägt hart an der Schwere seines Amtes, Eine Anleihe muß beschafft werden. Sie ist notwendig zur Organisation des Heeres und für öffentliche gemeinnützige Anlagen. Von einer Anleihe will der Finanzminister jedoch nichts wissen. Sein Sinn steht auf Veräußerung der Staatswälder. Davon will aber das Land wieder nichts wissen. Um Geld zu Maßnahmen gegen die Ueberschwemmungen zu erhalten, sollen die Wälder, deren

Ausrottung die Hauptursache der Ueberschwemmungen war, noch mehr ausgerottet werden.

Der feierliche Einzug des Königs von Italien in Venedig soll am 4. November stattfinden. Die Feierlichkeit der Volksabstimmung in Venetien ist überall mit größter Begeisterung und lebhafter Theilnahme vollzogen worden. In Venedig haben von 30,000 eingezeichneten Wählern 26,180 Ja gestimmt. In der Stadt Padua wurden 8000 Stimmen abgegeben. Im Distrikt von Dolo haben von 7700 zum Wählen Berechtigten 7170 gestimmt. In Udine begann der Arbeiterverein die Feierlichkeit mit der Einsegnung seiner Fahne, sodann ging die ganze Bevölkerung der Stadt, der sich viele Priester anschlossen, nach den Plätzen aufgestellten Wahlurnen. — Auf die Nachricht des General Revel an Victor Emmanuel, daß die italienische Tricolore auf San Marco wehe, erwiderte der König telegraphisch:

An General Revel in Venedig. Tausend Dank, General! ich habe das Glück, heute die Sehnsucht so vieler Jahrhunderte erfüllt zu sehen. Italien ist vereinigt und frei. Lernen wir auch die Italiener, es zu verteidigen und so zu erhalten. Victor Emmanuel.

Der Staatskanzler Englands, Disraeli, beabsichtigt, wie es heißt, die Einbringung einer Parlamentsreform-Bill, die unter Andern den Wählercensus in den Grafschaften auf 20 Pfd. (von 50 Pfd.) herabzusetzen vorschlägt.

Aus dem Orient nichts Neues von Bedeutung.

Die neuesten Depeschen lauten:

Wien, Donnerstag, 25. October, Vormittags. Nach einem hier eingetroffenen Telegramm aus Konstantinopel von gestern Abend, sollen die Nachrichten aus Sandia insoweit unglücklich lauten, als der Guerillakrieg hartnäckig fortgesetzt wird. Der Sultan beabsichtigt an Omer Pascha das Kommando in Sandia zu übertragen. — Im schwarzen Meere haben zahlreiche Schiffbrüche stattgefunden.

Therapia (bei Konstantinopel), Donnerstag, 25. Oct., Morgens. Fürst Karl von Rumänien ist gestern hier eingetroffen und sofort nach seiner Ankunft vom Sultan empfangen worden. Dem Fürsten werden mit besonderer Aufmerksamkeit die höchsten Ehren erwiesen und ist für die Dauer seines Besuchs der Palast Küschükün in Bereitschaft gesetzt worden.

Dresden, 25. Oct. Der Friedensvertrag zwischen Preußen und Sachsen ist im „Dresdn. Journ.“ publicirt worden. Die Bedingungen des Vertrages sind im Wesentlichen die theils schon laubar gewordenen: Sachsen tritt dem norddeutschen Bund bei, die Reorganisation der sächsischen Armee erfolgt erst durch Bundesbeschluß. Dresden erhält eine gemischte Besatzung, die überflüssigen sächsischen Truppen werden in die Heimath entlassen, die Verbleibenden werden unter preussischen Oberbefehl gestellt, die sonst nöthigen Truppen in Sachsen stellt Preußen; der Königthum wird von Preußen und Sachsen besetzt; Sachsen zahlt 10 Millionen und tritt das ganze Telegraphenwesen an Preußen ab, das Salzmonopol wird in Sachsen und Preußen zugleich aufgehoben, das preussische Militär-Gouvernement und Civil-Commissariat für Sachsen tritt mit Austausch der Ratificationen außer Wirksamkeit, der Zollverein bleibt mit sechsmonatlicher Kündigungsfrist in Kraft, Sachsen verpflichtet sich,

den Bau einer Eisenbahn auf der Strecke Leipzig-Pegau-Reitz zu fördern, die während des letzten Krieges politisch kompromittirt sein sollen unbestraft bleiben. Die sächsische Regierung erklärt sich bereit, ihre diplomatische Vertretung nach denselben Grundfätzen zu regeln, welche für den norddeutschen Bund im Allgemeinen maßgebend sein werden.

## Deutschland.

**Berlin, 24. Oct.** [Das Wahlgesetz] für den Reichstag des norddeutschen Bundes ist vom preussischen „Staatsanzeiger“ publicirt worden. Dasselbe lautet wie folgt:

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preussen etc., verordnen mit Zustimmung der beiden Häuser des Landtages der Monarchie, was folgt:

§. 1. Zur Beratung der Verfassung und der Einrichtungen des norddeutschen Bundes soll ein Reichstag gewählt werden.

§. 2. Wähler ist jeder unbescholtene Staatsbürger eines der zum Bunde zusammentretenden deutschen Staaten, welcher das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat.

§. 3. Von der Berechtigung zum Wählen sind ausgeschlossen: 1) Personen, welche unter Vormundschaft oder Kuratel stehen; 2) Personen, über deren Vermögen Konkurs- oder Fallitzustand gerichtlich eröffnet worden ist, und zwar während der Dauer dieses Konkurs- oder Fallitverfahrens; 3) Personen, welche eine Armenunterstützung aus öffentlichen oder Gemeindegeldern beziehen oder im letzten der Wahl vorhergegangenen Jahre bezogen haben.

§. 4. Als bescholten, also von der Berechtigung zum Wählen ausgeschlossen, sollen angesehen werden; Personen, denen durch rechtskräftiges Erkenntnis der Vollgenuss der staatsbürgerlichen Rechte entzogen ist, sofern sie in diese Rechte nicht wieder eingesezt worden sind.

§. 5. Wählbar zum Abgeordneten ist jeder Wahlberechtigteste, der einem zum Bunde gehörigen Staate seit mindestens drei Jahren angehört hat.

Verbüßte oder durch Begnadigung erlassene Strafen wegen politischer Verbrechen schließen von der Wahl nicht aus.

§. 6. Personen, die ein öffentliches Amt bekleiden, bedürfen zum Eintritt in den Reichstag seines Urlaubs.

§. 7. Auf durchschnittlich 100,000 Seelen der nach der letzten Volkszählung vorhandenen Bevölkerung ist ein Abgeordneter zu wählen. Ein Ueberschuß von wenigstens 50,000 Seelen der Gesamtbevölkerung des Staates wird vollen 100,000 Seelen gleichgerechnet.

Jeder Abgeordnete ist in einem besonderen Wahlkreise zu wählen.

§. 8. Die Wahlkreise werden zum Zwecke des Stimmabgebens in kleinere Bezirke eingetheilt.

§. 9. Wer das Wahlrecht in einem Wahlbezirke ausüben will, muß in demselben zur Zeit der Wahl seinen Wohnsitz haben.

Jeder darf nur an einem Orte wählen.

§. 10. In jedem Bezirke sind zum Zwecke der Wahlen Listen anzulegen, in welche die zum Wählen Berechtigten nach Zu- und Vornamen, Alter, Gewerbe und Wohnort eingetragen werden. Diese Listen sind spätestens vier Wochen vor dem zur ordentlichen Wahl bestimmten Tage zu Jedermanns Einsicht anzulegen, und ist dies öffentlich bekannt zu machen. Einsprachen gegen die Listen sind binnen acht Tagen nach öffentlicher Bekanntmachung bei der Behörde, welche die Bekanntmachung erlassen hat, anzubringen, und innerhalb der nächsten vierzehn Tage zu erledigen, worauf die Listen geschlossen werden. Nur diejenigen sind zur Theilnahme an der Wahl berechtigt, welche in die Listen aufgenommen sind.

§. 11. Die Wahlhandlung ist öffentlich; bei derselben sind Gemeindeglieder zuzuziehen, welche kein unmittelbares Staatsamt bekleiden.

Das Wahlrecht wird in Person durch verdeckte, in eine Wahlurne niederzuliegende Stimmzettel ohne Unterschrift ausgeübt.

§. 12. Die Wahl ist direkt. Sie erfolgt durch absolute Stimmenmehrheit aller in einem Wahlkreise abgegebenen Stimmen. Steht bei einer Wahl eine absolute Stimmenmehrheit sich nicht heraus, so ist nur unter den zwei Kandidaten zu wählen, welche die meisten Stimmen erhalten haben.

Bei Stimmengleichheit entscheidet das Loos.

§. 13. Stellvertreter der Abgeordneten sind nicht zu wählen.

§. 14. Die Wahlen sind im ganzen Umfang des Staates zu derselben Zeit vorzunehmen.

§. 15. Die Wahlkreise und Wahlbezirke, die Wahlmethoden und das Wahlverfahren, inwieweit dieses nicht durch das gegenwärtige Gesetz festgestellt worden ist, werden von der Staatsregierung bestimmt.

§. 16. Der Reichstag prüft die Vollmachten seiner Mitglieder und entscheidet über deren Zulassung. Er regelt seine Geschäftsordnung und Disziplin.

§. 17. Kein Mitglied des Reichstages darf zu irgend einer Zeit wegen seiner Abstimung oder wegen der in

Ausübung seines Berufs gethanen Äußerungen gerichtlich oder disciplinär verfolgt oder sonst außerhalb der Versammlung zur Verantwortung gezogen werden. Urkundlich unter Unserer Höchstseigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichem Insignel.

Gegeben Schloß Babelsberg, den 15. Oct. 1866.

(L. S.) Wilhelm.

Graf von Bismarck-Schönhausen. Frhr. von der Heydt. von Koon. Graf von Hagen. von Mähler. Graf zur Lippe. von Selchow. Graf zu Eulenburg.

## Ver eins - Cheil.

### Der Cassirer

des Allg. deutsch. Arb.-Ver eins an die Bevollmächtigten und Mitglieder dieses Ver eins.

Nach einer Mittheilung vom Präsidenten Herrn A. Perl soll von der Veröffentlichung derjenigen Orte, welche ihren Verpflichtungen an die Vereinskasse nicht nachgekommen sind, diesen Monat noch Abstand genommen werden und den Säumigen nochmals eine Frist bis zum 10. November bewilligt werden.

Diesem Orte, welche bis zum 15. November mir ihre Abrechnung (October mit inbegriffen), nicht eingeschickt haben, werde ich dann unwiderruflich in der nächsten Nummer, nach dem 15. November, veröffentlichen, da nach den Statuten solche, die ihren Beitrag an die Vereinskasse nicht zahlen, nicht mehr als Mitglieder des Ver eins angesehen werden können, mithin z. B. auf der nächsten General-Versammlung auch keine Stimme haben.

Ein großes Ganzes kann nur dann bestehen, wenn jeder Einzelne seinen kleinen Beitrag dazu regelmäßig bezahlt, und ich glaube ein jeder ächter Lassalleaner kann dies jetzt mit Freuden thun, nachdem eine geregelte Kassenorganisation im Ver ein eingeführt ist und jedes Mitglied Vertrauen zur jetzigen Verwaltung und dem Präsidenten haben kann.

In der Kassen-Verwaltung war seit der letzten General-Versammlung große Unordnung eingetreten; eines Theils zahlten die meisten Gemeinden keine Beiträge zur großen Vereinskasse, anderen Theils finden sich über die eingekassirten Gelder und Ausgaben keine Bücher und Belege vor, und dadurch entstand Mißtrauen unter den Mitgliedern gegenüber der Kassenverwaltung; jetzt ist aber Alles geregelt, die eingezogenen Beiträge werden sofort in das Kassenbuch eingeschrieben und die betreffenden Orte dafür erkannt; Ausgaben, für die mir keine specificirte Rechnung eingekassirt wird und welche ich dann nicht für richtig befände, werden nicht bezahlt; über jede Ausgabe, und wenn dieselbe 3 Pf. beträgt, werde ich bei Abrechnung die Belege vorlegen, eines Theils, den Mitgliedern gegenüber, damit nie wieder Mißtrauen gegen die Vereinskasse entstehen kann, anderen Theils weil der Kassirer durch solche Maßregeln, den Mitgliedern des Ver eins gegenüber, vor Angriffen geschützt ist und wünsche ich nur, daß diese jeder Ortskassirer ebenfalls gewissenhaft einführen möge.

Bei Abrechnungen, die mir bis jetzt eingekassirt sind, vermisse ich die eigentliche Steuer zahlende Mitgliederzahl; es ist von sehr großer Wichtigkeit, daß auf jeder Abrechnung die wirklichen Steuer zahlenden Mitglieder angegeben werden; ebenso muß ich bemerken, daß mir die Gelder franco zugesandt werden müssen, da ich sonst jedesmal doppelte Arbeit habe, indem ich die betreffenden Orte, die mir die Gelder unfrankirt einsenden, für das angelegte Porto belasten muß.

Möge ein Jeder seinen kleinen Beitrag mit beruhigtem Vertrauen jetzt zahlen, damit nicht der Ver ein wegen mangelnder Beitragszahlung zu Grunde gerichtet wird. Mit social-demokratischem Gruß und Händedruck  
Erfurt, 23. October 1866. J. M. Hirsch,  
Kupferhammerstraße 2147.

\* In Anknüpfung an Obiges möchten wir die Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Ver eins und insbesondere das Präsidium desselben darauf aufmerksam machen, ob es in Betreff der von uns angeregten Sammlungen von Geldern für die zukünftige Parlamentswahl-agitation nicht zweckmäßig wäre, diese Gelder auf dem Vereinsweg zu sammeln, so daß sie zunächst vom Ortskassirer eingenommen und dann an die Centralcasse geschickt würden; selbstverständlich mit der ausdrücklichen Angabe, daß die fraglichen Gelder nicht regelmäßige Beiträge, sondern Steuern zum Zweck der Agitation seien, wofür, wenn der Herr Vereinskassirer sich dieser weiteren großen Mühe unterziehen will, besondere Verwaltung einzurichten wäre. Wir sind nämlich der Ansicht, daß der Ver ein bei den Wahlen als Ganzes auftreten muß und daß daher, wenn in einem bestimmten Districte Ansicht ist, einen Kandidaten durchzubringen, auch andere, nicht zu dem fraglichen Districte gehörige Orte die etwa erforderlichen Kosten nach Kräften beizusteuern hätten.

Was obige Bestimmung betrifft, daß die Namen der Orte, wo die Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Ver eins in der Zahlung der regelmäßigen Beiträge lässig sind, vorerst noch nicht veröffentlicht werden soll,

sondern eine neue Frist bis 10. November eintritt, so hoffen wir, daß die hierin siegende Milde und Nachsicht der Vereinskasse für alle Mitglieder ein doppelter Sporn sein werde, namentlich die etwa veräußerte Schuldigkeit gegen die gemeinsame Sache thätkräftig nachzubolen.

## Unser Parteistandpunkt.

Die großen Ereignisse in Deutschland, welche sich im Laufe dieses Jahres zugetragen und den öffentlichen Zustand unseres Vaterlandes von Grund aus geändert haben, machen es notwendig, daß jede Partei sich klar mache, wie sie sich mit ihren Bestrebungen dem Neuen gegenüber zu stellen haben. In dieser Beziehung geht uns eine ins Einzelne gehende, sehr interessante Arbeit von einem Mitgliede des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Ver eins, Herrn C. W. Tölke in Merlohn, zu, welche wir unsern Lesern unentgeltlich mittheilen wollen. Wir können jedoch dem Herrn Verfasser nicht in allen Punkten zustimmen und behalten uns daher vor, nachdem der Abdruck erwähter Arbeit beendet ist, in einigen Leitartikeln unsere Ansicht auszusprechen, insbesondere darzustellen, wie sich unseres Erachtens in Gemäßheit ihrer Principien die deutsche Arbeiterpartei zu der preussischen Regierung zu stellen hat.

Vorerst lassen wir ohne alle Zwischenbemerkungen unser Parteimitglied sprechen:

### An die social-demokratische Partei.

In großen Epochen, welche die Weltgeschichte bilden und die Geschichte der Menschheit auf lange Zeit hinaus entscheiden, ist es die Pflicht aller Patrioten, ihre Ansicht darüber auszusprechen, was die Nation, deren Interessen zunächst in Frage stehen, ihrerseits zu thun hat, um Alles möglichst zum Besten zu wenden. Für Deutschland war niemals ein Zeitabschnitt bedeutender, als der gegenwärtige. Wenn nun auch ich meine Meinung hierdurch freimüthig ausspreche, dann geschieht es, um jener Pflicht zu genügen und gleichzeitig mehrere, von verschiedenen Seiten an mich gerichtete Anfragen zu beantworten.

In dem Maße, in welchem ich mich bestreben werde, die kostbare Zeit der Arbeiter durch möglichste Kürze zu schonen, muß ich deren verdoppelte Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen.

Der vorläufige Abschluß, welchen der vor unsern Augen erfolgte, zu mindestens neunzig Prozent von allen Theilnehmern durch deutsche Arbeiter ausgeführte gewaltige Zusammenstoß sämtlicher deutscher Regierungen gefunden hat, bildet ein Provisorium, ein Uebergangsstadium, welches Niemand gefällt und Niemand zufriedensetzt, kein einziges von allen Elementen, welche bei der Affaire mehr oder weniger engagirt waren, zu denen, mit Ausschluß der social-demokratischen Arbeiter-Partei, alle Factoren des öffentlichen Lebens in Deutschland gehören. Die social-demokratische Arbeiter-Partei verhielt sich den Ereignissen gegenüber mit Recht durchaus passiv und beobachtend, weil sie grundsätzlich an denselben nur insofern ein Interesse nehmen konnte, als sich die ganze politische Situation durch die Ereignisse klären mußte und als das Resultat jedenfalls ein bedeutender Schritt vorwärts war auf der Bahn, an deren Ende die Partei ihr hauptsächlich soziales Ziel findet. Die Partei hatte dieses Resultat umsomehr ruhig abzuwarten, als ihre Stimme in dem allgemeinen Parteigewirre eben so nutzlos verhallt sein würde, wie viele andere. Zudem war ihre Zurückhaltung geboten, um den anderen Parteien, welche sich als die allein Berechtigten geben, freien Spielraum zu lassen und sie in ihrem Wirken nicht zu stören, dessen Erfolg voraussichtlich der Nation, namentlich der Arbeiterschaft, endlich die Augen öffnen mußte, was selbst der großen Misere des Kölner Abgeordnetentages nicht gelungen war.

Die Situation hat sich denn auch geklärt und der an unerhörter Energie, erstaunlichen Opfern und Erfolgen beispiellose deutsche Bruderkrieg insofern ein bedauerliches Resultat, als durch denselben unzweifelhaft zwei Thatumstände zu Tage getreten sind, welche auf die Gestaltung der Zukunft Deutschlands in hohem Grade von Einfluß sein werden, nämlich:

1) die völlige Zerfahrenheit, Unfähigkeit und Ohnmacht der Mittel-Parteien und, in Folge davon, der Nation;

2) die vollständige Ueberlegenheit Preußens. Aus beiden Thatsachen folgt unwiderleglich einerseits, daß fortan nur eine der extremen Parteien, entweder die conservative mit Einschluß der reactionären, oder die social-demokratische Arbeiter-Partei eine entscheidende Bedeutung haben kann, daß dagegen die Mittel-Parteien verschwinden; andererseits,

daß bis zum definitiven Abschluß der Neugestaltung Deutschlands in politischer und socialer Beziehung Preußen ausschließlich die Suprematie ausüben wird.

Hieraus und aus der gesammten Sachlage überhaupt läßt sich mit völliger Sicherheit weiter folgern, daß in Deutschland künftig, wenigstens auf lange Zeit hinaus, eine rein politische Revolution, etwa zum Zweck der „bürgerlichen“ Republik, unmöglich sein wird; daß hingegen die social-politische Revolution unausbleiblich ist, wenn die preussische Regierung nicht den Willen hat oder es nicht vermag, den berechtigten Forderungen der social-demokratischen Arbeiter-Partei zu genügen.

Zwischen den beiden Parteien, der conservativen und der social-demokratischen, steht also die preussische Regierung. Zu welcher Partei sie sich hinneigen wird, das hängt lediglich von der deutschen Nation, insbesondere von der Arbeiterschaft Deutschlands, ab. Wohin diese ihre Schritte lenkt, dahin wird die preussische Regierung ihr folgen.

Soll nicht abermals ein günstiger Zeitpunkt, wie er im Völkerverleben selten sich darbietet, unbenutzt verpaßt werden; sollen nicht die großen Ereignisse, das Unglück Deutschlands im Gefolge, dahin eilen; sollen nicht die vollendeten Thatsachen, die Geschichte, über alle Parteien vernichtend hinwegschreiten, — dann ist es die höchste Zeit, daß alle nationalen, volkfreundlichen Elemente zu raschem, planmäßigem und gemeinschaftlichem Handeln unverzüglich sich aufrufen; dann müßt namentlich Ihr, Arbeiter Deutschlands, Euch rasch entschließen, wo — bei welcher der bezeichneten Parteien — Ihr Eucere gewaltige

Kraft concentriren wollt. Die Wahl kann Euch unmöglich schwer fallen.

Zu solchem Aufreissen in letzter Stunde Anlaß zu geben und die Gesichtspunkte kurz anzudeuten, von welchen auszugehen sein wird, das ist der Zweck dieses Aufrufs, den ich durch die unbefangene und vorurtheilsfreie Beantwortung zweier Fragen zu erreichen gedenke.

Erste Frage: Wodurch hat die Nation den jetzigen, allseitig beklagten abnormen Zustand der Halbheit selbst verschuldet?

Wer bei kaltem Blute alle die Urtheile, Wünsche, Entschlüsse und Bestrebungen geprüft hat, welche vor und während des Krieges in Betreff der Hauptfragen der Gegenwart sich in Deutschland fund gaben, der mußte erstaunen über die politische Finsterniß, in welcher die große Nation der „Denker“ nach Rettungsmitteln umhertappte. Alle Parteien, mit Ausnahme der conservativen, waren in der Hauptsache — Einheit Deutschlands, politische und gewerbliche Freiheit — einig; in der Wahl der Mittel zur Erreichung dieser Ziele gingen sie auseinander. Jede Partei verfolgte ihren eigenen Weg und durchkreuzte dadurch die Wege der andern; ja, fast alle Parteien, mit Ausnahme der social-demokratischen Arbeiter-Partei, waren in sich selbst nicht einig über die Mittel zum Zweck.

Bei solchem Wirrwarr mußte nothwendigerweise die Nation ohnmächtig bleiben und die Regierungen hatten Ursache, auf die plan- und machtlosen Bestrebungen, welche die Volkskraft zersplitterten, hohnlächelnd herabzublicken; gelang es ihnen doch sogar, selbst einen radikalen Theil der Nation in den Kampf zu hegen für den krassesten, abscheulichsten Particularismus, verbunden mit der ärgsten kirchlichen und politischen Reaction.

Aus den traurigen Erfahrungen der Jahre 1848 und 1849 hat die Nation offenbar nichts gelernt. Schon damals scheiterte die Bewegung an dem Mangel einer jeden Organisation. Die Nation war schon damals in Parteien gespalten, von welchen jede besondere „Congresse“ abhielt, die sich höchstens zu Resolutionen verstiegen, welche nicht beachtet wurden. Das „Volk“, besonders das deutsche Spießbürgerthum, vergaß und verpaßte die rechte Zeit durch politische Kannegießereien in

Bierkeiseu und Clubs und durch Krähwinkler Landsturm-Rauberei in der unschuldigen Bürgerwehr. Als die deutsche Nationalversammlung nach fast einjährigem Reden und Berathen endlich die Reichsverfassung fertig hatte, da — war es zu spät. Ueberall war die Reaction inzwischen erstarkt und überall wurden die einzelnen, zu Gunsten der Reichsverfassung und des Parlaments ohne Plan und Gesamtorganisation unternommenen Aufstände mit „Blut und Eisen“ unterdrückt. Ueberall trat die schroffste Reaction ein, bis zur Zeit der „neuen Aera“ in Preußen (1858) neue, verschiedene Parteien, abermals ohne feste Gesamt-Organisation und inneren Zusammenhang, sich bildeten, so die Fortschrittspartei, der Abgeordnetentag, der National-Verein u. s. w. — Nebenbei mußte Herr Schulze aus Delitzsch es möglich zu machen, einen großen Theil der deutschen Arbeiter durch Empfehlung trägerischer Hilfsmittel zur Verbesserung ihrer socialen Lage an das „liberale“ Bürgerthum zu fesseln und den Zwecken dieses natürlichen Erzfeindes der Arbeiterwohlfahrt sogar dienlich zu machen.

Wo und was sind jetzt jene politischen Parteien und Vereine, jener sociale Charlatan überhaupt; wo und was sind ihre Erfolge?

Gebt Antwort, Ihr Herren, die Ihr nichts Anderes vermocht habt, als die Nation durch Zersplitterung ihrer Kraft allemal im entscheidenden Augenblicke ohnmächtig zu machen, so 1848—49, so 1858, so jetzt!

Im October 1860 schrieb ich an ein Vorstandsmittglied des National-Vereins, der bekanntlich stets die „preussische Spitze“ gepredigt hat, Folgendes:

„Das Ziel des Nationalvereins — die politische Einigung Deutschlands — wird auf dem von dem Vereine eingeschlagenen Wege nicht erreicht werden, oder doch erst in fernen Zeiten, weil die Bestrebungen des Vereins zu langsam wirken und weil Deutschlands Fürsten sich durch die „Macht der öffentlichen Meinung“ nimmermehr bestimmen lassen werden, auch nur ein Tüchlein von ihrer Herrlichkeit zu opfern. Es ist deshalb zu befürchten, daß jetzt, wie sonst, die rechte Zeit zum Handeln erfolglos verstreicht. Deutschland bedarf gerade jetzt vor Allem der Männer der That, fähner und rascher That. Hätte Deutschland einen Fürsten wie Victor Em-

## Feuilleton.

### Zur Corruption in den Geldkreisen Englands.

Ueber die Untersuchung in Sachen der Gesellschaft der London-Gatham-Dover Eisenbahn bringt die „Nordd. Allg. Ztg.“ folgenden beachtenswerthen Bericht:

Die in Rede stehende Gesellschaft konstituirte sich vor einigen Jahren unter den günstigsten Auspicien. Wenige Unternehmungen versprachen einen so guten Erfolg, wie der Bau der London-Gatham-Dover Eisenbahn. Von einer Stadt von 3 Millionen Einwohnern ausgehend, überschritt die projektirte Bahn ein dichtbevölkertes Gebiet und mündete in einem Hafensorte, den fast alle Reisenden berühren, welche zwischen England und dem Continent hin- und hergehen. Die Administration bestand aus den angesehensten Männern der Hauptstadt, und der Chef eines der größten Handelshäuser der Welt, Sir Samuel Morton Peto, welcher überall Geschäftsverbindungen unterhält und eine Arbeitsarmee von 30,000 Mann beschäftigt, wurde zum Unternehmen des Baus erwählt. Sir Peto hatte dem Staate während des Krimkrieges wichtige Dienste geleistet und daher den Adelstitel erhalten; er war ein einflussreiches Mitglied des Parlaments, hatte Amerika bereist und seine Reisebeobachtungen in einem Buche niedergelegt, welches die Vereinigten Staaten und ihre materiellen Hilfsquellen über alles Lob erbob. Er war so allgemein geachtet, daß, als er während der letzten Krisis seine Zahlungen einstellen mußte, sowohl Presse wie Publikum Rücksicht auf ihn nahm und selbst der „Economist“ einen Artikel brachte, um zu zeigen, daß es kein eigentlicher Bankerott, sondern nur eine momentane Verlegenheit sei, welche Sir Peto, den reichsten Mann der Welt, augenblicklich verbindere, seinen Verbindlichkeiten nachzukommen.

Der Fall des Hauses Peto führte indessen das Eingangs erwähnte Follissement herbei, welcher auf die Gesellschafter so verderblich wirkte und in allen Kreisen ein solches Gefühl von Unsicherheit erzeugte, daß alle Eisenbahnaktien plötzlich bedeutend im Course fielen. Dieser Bankerott gab aber auch über die Angelegenheiten des Hauses Peto Licht. Die Gesellschaft der London-Gatham-Dover-Eisenbahn erklärte sich nämlich außer Stande, die

dringendsten eingezagene Verbindlichkeiten zu erfüllen. Die Angelegenheit kam vor den Staatsanleiherhof und die Aktionäre und Besitzer von Obligationen setzten ein Untersuchungskomitee ein, dessen Berichte jetzt überall in England das größte Erstaunen hervorruhen. Es geht nämlich daraus heraus, daß die erwähnte Eisenbahnlinie in der That ohne jedes Kapital gebaut worden ist. Dies hängt so zusammen: Es waren keine, oder wenigstens doch nur eine so geringe Zahl von Aktienabkäufern vorhanden, daß sie nicht in Anschlag kommen konnte; die Gesellschaft verschaffte sich indessen Geld vermittelst des Unternehmers, indem sie diesen mit Aktien bezahlte, welche er an der Börse verwerthete. Auch gab die Gesellschaft dem Unternehmer sogenannte Lloydbons, d. h. Anweisungen auf Ordre, welche dieser bei den Banken diskontirte. Die Gesellschaft war somit ganz in den Händen des Unternehmers, da sie finanziell von diesem abhing; auch hatte sie nach und nach alle Kontrolle bei Seite gelassen und weder die Arbeiten noch die Rechnungen verifizirt. Sir Peto versichert, daß er diese Nachlässigkeiten nicht zum Nachtheil der Gesellschaft benutz habe, und wir wollen ihm bis auf Weiteres, d. h. bis man ihn vom Gegenteil überführt, glauben, obgleich jetzt schon ein kleiner Differenzpunkt zwischen Hrn. Peto und der Gesellschaft existirt: Letztere reklamirt nämlich eine beträchtliche Summe von Erstem, wogegen dieser sein Guthaben bei der Gesellschaft auf 400,000 Pfund Sterling angegeben hat!! Bis nach angemachter Sache muß man notwendig Weise über diesen Punkt schweigen, doch giebt es andere Dinge, welche so klar auf der Hand liegen, daß sie sich schon jetzt einer allgemeinen Beurteilung nicht entziehen können.

In demselben Maße nämlich, als die finanziellen Schwierigkeiten der Gesellschaft sich häuften, nahm diese ihre Zustände zu Mitteln, welche zwar in der finanziellen Welt halb und halb erlaubt, jedoch vor dem Tribunal der Oeffentlichkeit nicht zu verteidigen sind. Anderer nicht zu erwähnen, so verlegte eines dieser Mittel offenbar die bestehenden Gesetze in dem Grade, daß die Gesellschaft eigentlich vor das Tribunal kommen müßte. Unser Gesetz besagt, daß keine industrielle Gesellschaft mehr Schulden machen darf, als der dritte Theil des Aktienkapitals beträgt, wovon wenigstens die Hälfte aller Aktien courtirt. Es ist daher eigentlich schon das Aus-

geben der Lloydbons meistens eine offenbare Verletzung des Gesetzes, da diese Bons dieselben Rechte wie Obligationen und vor letzteren noch den Vorzug des kurzen Zinses haben. Die hier in Rede stehende Gesellschaft aber, als sie sich in Geldverlegenheit befand und ihre Aktien nur noch mit 73 Prozent Verlust verwerthen konnte, fand ein Mittel, das Gesetz zu umgehen, indem sie auf Obligation ohne Rückhalt eines Aktienkapitals lieb. Sie gab dem Sir Peto Quittungen, denen zufolge sie auf eine große Zahl Aktien Zahlungen erhalten hatte, während Sir Peto für die gleiche Summe Quittung über gelieferte Arbeiten ertheilte. Es waren aber weder Zahlungen gemacht, noch Arbeiten ausgeführt, und die Gesellschaft erhielt auf diese fingirte Operation hin, welche vor dem Richter eidlich als faktisch dargestellt wurde, die Erlaubniß zu einer Anleihe. Dieses Beispiel mag als Probe der Verwaltung der Gesellschaft dienen. Daß solche Manipulationen dem Verwaltungsrathe entgangen sein sollten, ist fast unmöglich zu glauben. Sollte es ebenso auch nicht bemerkt worden sein, daß für Netto 10 Millionen Pfund Sterling 6 Millionen Courtage gezahlt wurden, so daß ein Nominalbetrag von 16 Millionen herauskam?

Es wird Sie daher nicht Wunder nehmen, daß das Vertrauen zu Eisenbahnaktien im Allgemeinen hier fast verschwunden ist, und das Publikum und Presse einstimmig den obersten Chef für diese Skandalgeschichten verantwortlich machen. Doch wen trifft im Grunde die Verantwortlichkeit? Die englischen Zeitungen nennen namentlich vier Personen. Es steht indessen fest, daß die Einen die wahren Triebfedern, die Andern nur die Gliederpuppen waren, welche mit ihrem guten Namen den Betrag der Ersteren deckten. Ob die in den englischen Zeitungen genannten vier Namen zur ersten oder zweiten Kategorie gehören, muß das Endresultat der Untersuchung lehren. Alle aber, welche bei der Sache theilhaftig sind, blühen schwer für ihre Fehltritte, die sie wissenschaftlich oder ohne Wissen gethan, da unsere Zeitungen keinen Anstand nehmen, die kleinsten auf die Sache oder die Personen bezüglichen Details zu publiziren.

So weit die „Nordd. Allg. Ztg.“ Wird — so fügen wir hinzu — schließlich die Kriminalstrafe, denn hierauf vor Allem kommt es an, der Größe dieser Fehltritte entsprechend sein?

zu, und einen „Cincinnati“ wie Garibaldi, — Übernahme namentlich Preußen die Rolle Sardiniens, der Herzog von Koburg-Gotha etwa die Garibaldi's, — dann würde Deutschlands Einheit gar bald keine Chimäre mehr sein, denn

- 1) Kennt die deutsche Nation das Bedürfnis ihrer Einheit und ihre gerechten Ansprüche darauf vollkommen. Der Deutsche ist ferner nicht weniger Patriot, kühn und tapfer, wie der Italiener, und das „preussische“ und sonstige deutsche Volk würde seine Schuldigkeit thun.
- 2) Die Nichtintervention in die Ordnung der Angelegenheiten Anderer ist Italien gegenüber zum Prinzip erhoben. Auf wie lange? — Sollten die Deutschen weniger gelten oder mehr wie die Italiener? — Wenn auch!
- 3) Wer wollte jetzt interveniren? Schwerlich Jemand anders als vielleicht Oesterreich, und dann: o weh, Habsburg! — Später wird es vielleicht anders sein.
- 4) Es würde das Beispiel Italiens Wunder verrichten, — dasselbe unbenutzt gelassen zu haben, dagegen künftig sehr beklagt werden.

Wie sieht die preussische Regierung mit ihrer Achtung der „Rechte Anderer“ zu diesen Gedanken, wie der Prinz-Regent und wie der Prinz Friedrich Wilhelm? Sollte die Regierung das Recht der Selbstbestimmung anderen Nationen zugestehen, der deutschen aber versagen, zumal dann, wenn es sich darum handelt, Preußen, das Haus Hohenzollern, an die Spitze Deutschlands zu stellen? — Vielleicht läßt Preußen sich Annexionen gefallen. Wäre ein kleiner Versuch behutsam Sondirung der Ansichten schädlich? —

Ja wohl! Nur ein ganz kleines „Annexions“-Revolutionchen zum Zweck der „Sondirung der Ansichten der preussischen Regierung“, und — wie mögen dennoch den „Nationalen“ die Haare zu Berge gestiegen sein wegen solcher Berwegenheit! — „Revolution.“ Gott sei bei uns! Und doch spricht, schreit, dichtet, singt und turnt Alles in Deutschland von und nach der „Einheit und Freiheit des Vaterlandes.“

Schleswig-Holstein trug mehrfach seine „Krauerumflorte“ Fahne in Deutschland umher nach Nürnberg und Leipzig. Weißgekleidete Jungfrauen empfangen überall die Brüder vom „verlorenen Brüderstamm“ wie Fürsten mit „patriotischem“ Entzücken. — Die Sängler — bin selbst ein solcher patriotisch-sentimentaler Esel gewesen — ließen überall mit heiser, überschwenglicher Freiheitsliebe ihre „schönsten Lieder klingen vom lieben deutschen Vaterland.“ — Die Turner — war mit dabei, als 1847 all' die deutschen Herzen eng aneinander schlugen in Frankfurt am Main im Wolfsee, am Taunus, im Kaffee Holland, auf der Mainlust; — von all' den „edlen deutschen Jünglingschaaaren“ haben nur die Hanauer und Kieler ihre Schuldigkeit gethan. — „Gut und Blut“, „stehen und fallen“, — ach ja, das waren die stereotypen Heldenrufe im Großman die achtundvierziger Spießbürgertums. — Habe mich auch durch Hunderttausend Adressen an die Nationalversammlungen in Frankfurt und Berlin, durch die famosen Beschlüsse des Kölner „Städtetages“ begeistern lassen zur Teilnahme an der Hserloher Revolution. — „Revolution.“ Da wohl! Das Wort ist in Deutschland fast zum Kinderpott geworden. — Sobald es sich im Ernst darum handelt, die Einheit und Freiheit des Vaterlandes zu erringen, dann fällt den größten Schreibern, Rednern, Dichtern und Sängern zuerst das „große patriotische Herz“ in — die Hose.

„Al' das Paß mit dem — „Helden“-Wamms — Gott verdamms!“  
Nachen wir uns weiter klar, wie durch das Parteiwesen und durch die fortgesetzte Duldung von Seiten der Nation der jetzige traurige Zustand herbeigeführt worden ist.

Niemand hat die ganze Erbärmlichkeit der Mittel-Parteien, aus welchen das deutsche Bürgerthum besteht, mit so klarem Blicke als das Hauptthemeniß der nationalen und politischen Fortentwicklung der Nation erkannt und das Wesen derselben mit solcher Schärfe und unerbittlicher Strenge gekennzeichnend, wie Ferdinand Lassalle. Er war es denn auch, der die deutsche Demokratie neuerdings zur Thätigkeit aufrief, indem er die social-demokratische Partei gründete, und derselben im Allgemeinen deutschen Arbeiter-Ver-

eine ein scharf begrenztes Feld für ihre praktische Wirksamkeit anwies. Er ging dabei von der Ueberzeugung aus, daß die in Folge der herrschenden Verhältnisse total verumpfte große Masse des Volkes sich nur dann aus ihrer lethargie aufrassen werde, wenn die politische Agitation lediglich als Mittel zum Zweck der völligen Umgestaltung der socialen Verhältnisse und dadurch zur gründlichen Verbesserung der materiellen Lage des Arbeiterstandes bezeichnet und benutzt werde. Lassalle hat in seinen hierauf bezüglichen Schriften ein vollständiges System geschaffen, dessen Durchführung die Erreichung des bezeichneten Zweckes, speziell die Errichtung allgemeiner Productiv-Associationen der Arbeiter mit Staats-Kredit, auf friedlichem und legalem Wege ermöglicht, wozu allerdings erforderlich ist, daß die Arbeiter Deutschlands in den gesetzgebenden Körpern hinreichend vertreten sind, zu welchem Zweck er dem Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereine als nächstes politische Ziel die Erlangung des allgemeinen, gleichen und directen Wahlrechts vorzeichnete. Es ist allgemein bekannt, in wie hohem Grade Lassalle dadurch den maßlosen Zorn sämtlicher Bourgeois-Parteien auf sich geladen hat, worin der untrügliche Beweis liegt, daß er das Richtige, „den Nagel auf den Kopf“ getroffen hatte.

Zu den Voraussetzungen Lassalle's gehört natürlich in erster Reihe die Freiheit und Einheit Deutschlands. Die Fürsten werden der Nation aus freiem Antriebe niemals Eins von Beiden bewilligen; sie sind also nur zu erringen durch Revolution. — Lassalle hat der Nation auch in dieser Beziehung den richtigen Weg gezeigt. Er wollte nicht die Revolution von Unten, sondern eine solche von Oben; er wollte also nicht nur in socialer, sondern auch in politischer Beziehung die „Staatshilfe“. — Er hatte Recht! Eben so unzureichend, wie in socialer Hinsicht die Armen-, Kranken-, Straf- und Besserungs-Häuser, die Leib-Anstalten, die Vorschule-, Consum-, Rohmaterial- und Spar-Vereine, sind in politischer Beziehung die „Selbsthilfe“ fortschrittlicher Abgeordneter-Häuser durch jämmerliche Kammer-Debatten und Budgetverweigerungen, Schützen-, Turn-, Gesang- und Musik-Feste, sowie andere handwurthliche Spielereien zur „Kräftigung des National-Gefühls“ im Volke, — thörichter, „liberaler“ Firkelsanz, mit dem man keinen Hund vom Dfen lockt. Oder glaubt etwa die „deutsche Volkspartei“ oder die in der Bildung begriffene „nationale Partei“, ohne sociale Grundlage eine Revolution „von Unten“ beginnen und durchführen zu können, besonders jetzt oder auch innerhalb der nächsten Jahrzehnte, nachdem die aus allen kampfsfähigen Männern der Nation bestehenden „deutschen Krieger“ aller Potentaten auf den Schlachtfeldern Deutschlands einen Vorrath von „Vorbeeren“ und „Ruhm“ erstritten haben, an dem sie eben so volle fünfzig Jahre zehren werden, wie die „alten Veteranen“ von 1813—1815, jeden Augenblick des Rufes ihrer respectiver „Kriegsherren“ gewärtig?! — Das wäre ein verhängnisvoller Irrthum.

(Fortsetzung folgt.)

## Bermischtes.

ψ (Die außerordentliche Ueberung aller unentbehrlichen Nahrungsmittel in Warschau) insbesondere von Brod und Fleisch, hoffte man daselbst durch freie Concurrenz zu mildern, indem man die Brod- und Fleischsteuer von Jahren aufhob. Außerdem wurde eine höhere Branntwein-Fabrikationssteuer eingeführt. Allein man täuschte sich. Trotz der guten Ernten sind Brod und Fleisch immer theurer geworden. Da aber die freie Concurrenz doch einmal die gütige Göttin sein soll, welche die Noth lindern muß, so schreibt man die Schuld der köstlichen Behörde zu, weil sie nicht durch Heranziehung fremder Fleischer und Väder mit Kapital für ausreichende Concurrenz gesorgt habe, um die Nahrungsmittel dadurch billiger zu machen. Man übersieht hierbei den Unterschied der industriellen und Bodenproduction. Die Erzeugnisse der industriellen Production können durch Zuführung eines Kapitals beliebig vermehrt und dadurch verküßigt werden. Nicht so die Bodenzeugnisse. Diese werden für jedes Jahr in bestimmter Menge geerntet. Darüber hinaus kann auch

nicht ein einziges Getreidekorn für jedes Erntejahr neu producirt werden. Es treten also nicht Concurrenzsondern Monopolpreise ein. Während in der Industrie das große Kapital das Bestreben hat, durch vermehrten Absatz und billigere Preise das kleinere Kapital todt zu machen, verfolgen bei den Bodenerzeugnissen alle Producenten das gleiche Ziel, möglichst hohe Preise zu erhalten. Der große Grundbesitzer hat hier das natürliche Bestreben, die möglichst hohen Preise des kleineren Grundbesitzers anrecht zu erhalten, und ist dieser, weil er weniger Kapital hat, genöthigt, seine Bodenzeugnisse bald nach der Ernte für billigere Preise loszuschlagen, so behält der große Grundbesitzer seine Erntezeugnisse möglichst lange zurück, um sie dadurch später höher zu verwerthen. Immer ist bei Bodenerzeugnissen deshalb eine Neigung zu steigenden Preisen vorhanden, während bei industriellen Erzeugnissen die umgekehrte Neigung vorherrscht. Wiederholte gute Ernten können die Preise zeitweilig allerdings in etwas herunterdrücken, die Neigung zum Steigen waltet aber jederzeit vor. Nun kann man freilich bei eintretendem Mangel an einzelnen Orten durch vergrößerte Zufuhr und Concurrenz einige Abhilfe schaffen. Diese Concurrenz bleibt aber immer eine beschränkte. Denn man kann von der bestimmt vorhandenen Masse des Getreides immer nur so viel von einem Orte ab und dem anderen zuführen, als jener entbehren kann oder als die Spekulation freiwillig vergiebt.

— (Das Standard-Theater,) eines der wenigen Theater im Oden Londons, ist am Morgen des 21. October bis auf den Grund niedergebrannt; den Abend vorher war bei überfülltem Hause — dasselbe saß gegen 4000 Menschen — eine Traveste des „Freischütz“ zum ersten Male gegeben worden.

— (Die Unsicherheit der englischen Justiz-pflege) wird durch ein seltsames Versehen recht veranschaulicht, das während der letzten Session des Central-Criminal-Court von der Großjury begangen worden ist. Dieselbe stellte eine Anklage irrtümlicher Weise, nachdem sie eigentlich zu dem entgegengesetzten Schlusse gelangt war, als begründet dar, in Folge dessen der Angeklagte, John Creel mit Namen, vor die Assisen gestellt und wirklich zu zehn Jahren Zuchthaus verurtheilt wurde. Als die Großjury ihren Irrthum erfuhr, verwendete sie sich beim Minister des Innern für den unschuldig Verurtheilten, der nun die vorige Woche von der Königin begnadigt worden ist, oder wie es technisch heißt, froo pardon erhalten hat. Da es in England bekanntlich an einem Cassationsgerichte fehlt, so ist dies die einzige Möglichkeit, ein ungerechtes Urtheil rückgängig zu machen.

— (Feuer im Schlosse von Brüssel.) Am 14. d. M., Morgens 7 Uhr, brach im königlichen Schlosse in Brüssel in den Zimmern des Königs Feuer aus. Fußböden und Decken ständen in hellen Flammen und mehrere Kunstschätze von hohem Werthe, unter Anderen ein Christus von Rubens und mehrere egyptische Alterthümer, welche der König Leopold II. angekauft hatte, sind verbrannt. Das Feuer, welches durch die Unvorsichtigkeit eines Arbeiters entstanden sein soll, wurde zwar bald gelöscht, dennoch allein für hunderttausend Thaler Kunstgegenstände verbrannt sein.

— (Der Zustand der Elbe) ist in Folge der trockenen Witterung ein für die Schifffahrt ganz trostloser. Die Schlepsschiffe und Dampfer haben auf der Stelle zwischen Hügader und Wittenberge Tage lang liegen bleiben müssen, weil die Fährbahn zu schlecht und mit zu tief beladenen Segelschiffen fast ganz besetzt war. Mitglieder der Direction und des Verwaltungsrathes der Norddeutschen Dampfschlepsschiffahrt-Gesellschaft hatten am vorigen Dienstage eine Audienz bei dem Handelsminister, welcher dringend ersucht wurde, sowohl für die Ausbaggerung der schlimmsten Stellen als für die Handhabung einer energischen Strompolizei Anweisung ergehen zu lassen.

— (Ein interessanter Fund) wurde in Bonn vor einigen Tagen beim Ausgraben der Fundamente zu einem Neubau gemacht. Auf der Badenstraße, etwa hundert Schritte vom Rheinufer, fanden die Arbeiter in einer Tiefe von 9 Fuß einen Sarg, bestehend in einem rohbehauenen, vieredigen, ausgehöhlten Sandstein. Als sie den Deckel hoben, was leider nicht ohne Zertrümmerung gelang, fanden sie ein wohlerhaltenes Skelet und zu Häupten wie zu Füßen (letztere dem Rhein zugekehrt) sechs schöne kleine Gefäße, nämlich eine Vase von Glas mit 3 Henkeln, 5" hoch bei 6" Durchmesser, zwei größere und zwei kleinere Thronentragfüße und eine Schale, letztere von der Größe und Form einer Oberlaffe. Der Besitzer des Grundstücks, Herr Decoraten Kaaf, nahm die Gefäße sorgfältig heraus und sandte den Schädel nach Bonn, woselbst ein Archäologe Untersuchungen über den Fund anstellen wird. Allem Ansehen nach ist es ein Römersarg. Was dem Funde ein ganz besonderes Interesse verleiht, ist der Umstand, daß er auf einer Stelle geschab, wo alten Chroniken zufolge früher das Aheinbett gewesen sein sollte. Diese Annahme wäre durch die Auffindung des Römersarges nun vollständig widerlegt.